



Friederike Frizen

## Das Deklarationsprinzip im Einkommensteuerrecht

Steuerehrlichkeit,  
Sachverhaltsverantwortung  
und Kontrolle



**INHALTSVERZEICHNIS**

Erstes Kapitel .....	1
Einführung in das Thema.....	1
A. Die Deklaration als Teil des Veranlagungsverfahrens.....	2
I. Formen des Veranlagungsverfahrens.....	2
II. Die Deklarationspflicht als steuerliche Mitwirkungspflicht .....	3
III. Die Steuererklärungsformulare.....	4
B. Die Sachverhaltsermittlung im verfassungsrechtlichen Spannungsfeld .....	4
C. Die Realität des Massenverfahrens .....	6
D. Die Deklaration im Verfahren der Einkommensteuerveranlagung.....	6
I. Ziel der Arbeit.....	6
1. Die Verantwortung für die Ermittlung des Sachverhaltes .....	7
2. Die Steuerehrlichkeit des Bürgers .....	7
II. Eingrenzung des Themas .....	8
III. Gang der Untersuchung .....	8
Zweites Kapitel .....	10
Die Deklaration im Verfahren der Sachverhaltsermittlung .....	10
A. Die Sachverhaltsermittlung als Teil der Rechtsanwendung .....	10
I. Das syllogistische System der Rechtsanwendung .....	10
II. Der „vorgegebene Sachverhalt“ als Grundlage der Rechtsanwendung? .....	12
B. Der Sachverhalt als Ermittlungsgegenstand .....	13
I. Der konkret-individuelle Sachverhalt .....	13
II. Der wahre Sachverhalt .....	15
1. Die Überzeugung von der Wahrheit eines deklarierten Sachverhaltes .....	15
2. Die Beweismittel und die Beweisarten der Abgabenordnung .....	17
3. Die Verteilung der Beweislast .....	19
C. Zusammenfassung.....	21
Drittes Kapitel.....	22
Historischer Überblick über die Einführung der Selbstdeklaration .....	22
in das deutsche Veranlagungsverfahren.....	22
A. Von der Selbsteinschätzung zur Einkommenseinschätzung durch .....	23
staatliche Stellen .....	23
I. Zustand des preußischen Steuerwesens zu Beginn des 19. Jahr-.....	23
hunderts.....	23
II. Vorläufer der Einkommensteuer .....	27
1. Die Klassensteuer von 1820.....	27
2. Die Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer von 1851 .....	29
B. Die Einführung der Deklaration.....	30
I. Die politischen Auseinandersetzungen um die Einführung der .....	30
Einkommensteuer .....	30
II. Das Inkrafttreten des ersten Einkommensteuergesetzes im Jahre 1891 .....	32
1. Die gesetzliche Verankerung des Deklarationsprinzips.....	32
2. Das Veranlagungsverfahren.....	34
C. Das Prinzip der Deklaration als eigenständiger Grundsatz des .....	35
Steuerverfahrensrechts.....	35
I. Die Reichsabgabenordnung von 1919 .....	35
II. Die Reichseinkommensteuergesetze von 1920, 1925 und 1934.....	36
III. Rechtslage bis heute.....	37
D. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	38

Viertes Kapitel .....	40
Die Deklaration als Beitrag des Steuerpflichtigen zur .....	40
Sachverhaltsermittlung .....	40
A. Rechtsgrundlagen und Umfang der Deklarationspflicht .....	40
I. Die Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung .....	41
II. Pflichten zur Einreichung von Dokumentationen .....	42
1. Vorliegen einer Rechtsgrundlage für eine allgemeine Einreichungs-	43
pflicht? .....	43
2. Spezielle Einreichungspflichten nach der Abgabenordnung .....	45
a. Die Pflicht zur Einreichung von Unterlagen nach § 150 Abs. 4 AO .....	45
i. V. m. § 60 EStDV .....	45
b. Die Pflicht zur Einreichung von Unterlagen nach § 159 AO .....	47
3. Spezielle Einreichungspflichten nach dem Einkommensteuergesetz .....	48
a. Arten der Einreichungspflichten .....	48
aa. Nachweispflichten .....	48
bb. Aufzeichnungspflichten .....	49
cc. Vorlagepflichten .....	49
b. Erstreckung der Deklarationspflicht auf die nach dem Einkommensteuer-	50
gesetz einzureichenden Unterlagen .....	50
aa. Die einfache Nachweispflicht als Beweislastregelung .....	50
bb. Die Einreichungspflicht als Konkretisierung der Deklarationspflicht .....	51
aaa. Unterlagen im Sinne des § 150 Abs. 4 AO? .....	52
bbb. Differenzierung nach dem Zweck der Einreichungspflicht .....	53
B. Grenzen der Deklarationspflicht .....	54
I. Unzumutbarkeit und Unmöglichkeit der Deklarationspflicht als Ausprä-	54
gung des verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	54
II. Das strafprozessuale Schweigerecht als Grenze der Deklarationspflicht .....	56
1. Die Offenbarung von Nicht-Steuerstraftaten .....	56
2. Die Offenbarung von Steuerstraftaten und -ordnungswidrigkeiten .....	58
III. Die Verfassungswidrigkeit der materiellen Norm als Grenze der .....	58
Deklarationspflicht .....	58
C. Die Konsequenzen einer Verletzung der Deklarationspflicht .....	60
I. Maßnahmen zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Verfahrens .....	60
II. Maßnahmen zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Besteuerung .....	62
1. Der unaufgeklärte Sachverhalt .....	62
2. Der unrichtige Sachverhalt .....	63
a. Die Berichtigungspflicht nach § 153 AO .....	63
b. Die Korrektur des bestandskräftigen Steuerbescheides nach .....	64
den §§ 172 ff. AO .....	64
III. Maßnahmen zur Sanktionierung des Steuerpflichtigen .....	65
D. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	66
Fünftes Kapitel .....	68
Die Steuererklärung als technisches Veranlagungsmittel .....	68
zur Realisierung des Deklarationsprinzips .....	68
A. Funktionen der amtlichen Vordrucke .....	69
I. Transformations- und Orientierungsfunktion .....	69
II. Reduktions- und Konzentrationsfunktion .....	70
III. Rationalisierungs- und Standardisierungsfunktion .....	71
B. Kompetenz zum Erstellen der Vordrucke .....	72
C. Rechtsnatur der Steuererklärung .....	74
I. Auskünfte .....	75

II.	Anträge und rechtsgestaltende Erklärungen .....	76
III.	Aufforderung zur Beifügung von Nachweisen .....	77
D.	Inhalt der Steuererklärungsvordrucke.....	78
I.	Transformation der einkommensteuerrechtlichen Tatbestände .....	78
1.	Verwendung von Rechtsbegriffen .....	78
2.	Zulässige Vordruckfragen.....	80
II.	Transformation der verfahrensrechtlichen Vorschriften.....	81
1.	Die eigenhändige Unterschrift .....	81
2.	Die Wahrheitsversicherung.....	83
E.	Maßnahmen zur Vereinfachung der Steuererklärungsvordrucke .....	85
I.	Vereinfachung der Steuererklärungsformulare.....	86
II.	Der Einsatz von elektronischen Medien .....	87
1.	Das Projekt „Elster“ .....	88
a.	Das „ElsterFormular“.....	88
b.	Das „ElsterOnline-Portal“.....	89
2.	Kein rechtlicher Zwang zur Verwendung von elektronischen Medien .....	92
F.	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	93
	Sechstes Kapitel.....	96
	Das Deklarationsprinzip im verfassungsrechtlichen Spannungsfeld .....	96
	der Grundrechtspositionen .....	96
A.	Die Realisierung der Besteuerung des Einkommens durch die .....	97
Deklaration.....	97	
I.	Die Besteuerung des Einkommens nach der wirtschaftlichen .....	97
Leistungsfähigkeit.....	97	
1.	Das Leistungsfähigkeitsprinzip.....	97
a.	Das Einkommen als Indikator der Leistungsfähigkeit.....	97
b.	Das Einkommen als Vergleichsmaßstab der Lastenverteilung.....	98
2.	Die Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips im .....	99
Einkommensteuerrecht .....	99	
a.	Das objektive Nettoprinzip .....	100
b.	Das subjektive Nettoprinzip.....	101
aa.	Der tarifliche Grundfreibetrag .....	101
bb.	Existenzsichernde Aufwendungen für den Steuerpflichtigen und .....	102
seine nahen Angehörigen.....	102	
cc.	Die Berücksichtigung von sonstigen, unvermeidbaren Aufwendungen .....	103
im Privatbereich .....	103	
3.	Die Bestimmung des Deklarationsumfangs durch das Leistungsfähig- .....	104
keitsprinzip.....	104	
II.	Die lenkenden Normen des Einkommensteuerrechts als Durchbrechung .....	106
des Leistungsfähigkeitsprinzips .....	106	
1.	Die wirtschafts- und gesellschaftslenkenden Normen .....	106
2.	Die Bestimmung des Deklarationsumfangs durch Lenkungsnormen.....	108
B.	Der Schutz der Privatsphäre unter besonderer Berücksichtigung des .....	109
Rechts auf informationelle Selbstbestimmung .....	109	
I.	Die Erhebung von Informationen .....	111
1.	Das Eindringen des Staates in die Privatsphäre.....	111
a.	Die Privatsphäre des Bürgers.....	111
b.	Die Ausklammerung des marktoffenen Vorgangs aus dem Schutz- .....	113
bereich der Privatsphäre.....	113	
2.	Der Informationseingriff.....	116
a.	Der Eingriff durch die Informationserhebung .....	116

aa.	Rechtsgrundlage.....	116
bb.	Die Einwilligung des Steuerpflichtigen in die Informationserhebung ..	116
b.	Der Eingriff durch Ermittlungsmaßnahmen der Finanzverwaltung .....	118
3.	Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Informationseingriffs.....	119
	im Steuerrecht .....	119
II.	Die Weitergabe und Verwendung von Informationen.....	120
1.	Die Erweiterung des Schutzbereichs durch die Rechtsprechung des .....	120
	Bundesverfassungsgerichts .....	120
2.	Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	122
C.	Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung.....	123
I.	Der Gleichheitssatz als verfassungsrechtlicher Maßstab .....	124
1.	Vorliegen einer Ungleichbehandlung .....	125
2.	Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	125
II.	Nicht jeder Vollzugsmangel führt zur Verfassungswidrigkeit der .....	128
	materiellen Norm .....	128
1.	Kein Anspruch auf Gleichbehandlung bei gesetzeswidriger Vollzugs- .....	129
	praxis.....	129
2.	Kein allgemeiner Gesetzesvollzugsanspruch.....	129
III.	Voraussetzungen für den Durchgriff von Vollzugshindernissen auf die.....	130
	Verfassungsmäßigkeit der materiellen Rechtsnorm .....	130
1.	Vorliegen eines strukturellen Erhebungsdefizits im Regelfall .....	130
a.	Das Vollzugsdefizit als Regelfall.....	131
b.	Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes beim .....	132
	Gesetzesvollzug .....	132
c.	Einkunftsspezifische Erhebungsmängel .....	132
d.	Würdigung von Nachbesserungsversuchen .....	133
2.	Zurechenbarkeit des strukturellen Erhebungsdefizits.....	133
IV.	Die Rechtsfolgen der Verfassungswidrigkeit einer materiellen .....	134
	Rechtsnorm .....	134
D.	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	137
	Siebttes Kapitel .....	139
	Gesetzliche Instrumente zur Beschränkung der Deklarationspflicht.....	139
A.	Die Beschränkung des Kreises der Deklarationspflichtigen nach der .....	140
	Höhe der Einkünfte .....	140
B.	Der Quellenabzug .....	141
I.	Der Entrichtungspflichtige.....	141
II.	Dem Quellenabzug unterliegende Einkünfte .....	143
1.	Die Lohnsteuer.....	144
2.	Die Kapitalertragsteuer .....	145
3.	Inländische Einkünfte von Steuerausländern .....	146
a.	Verfassungsrechtliche Würdigung.....	147
b.	Europarechtliche Würdigung.....	148
C.	Die Pauschalierung .....	151
I.	Der Begriff der Pauschalierung.....	152
II.	Die widerlegbare und die unwiderlegbare Pauschalierung.....	153
III.	Die Vereinbarkeit der Pauschalierung mit dem Gleichbehandlungs- .....	155
	grundsatz .....	155
D.	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	158
	Achstes Kapitel.....	161
	Das Verhältnis der Deklarationspflicht des Steuerpflichtigen .....	161
	zum Untersuchungsgrundsatz der Finanzverwaltung .....	161

A. Alleinverantwortlichkeit der Finanzverwaltung für die Sachverhalts-ermittlung	162
I. Alleinverantwortlichkeit aufgrund des Untersuchungsgrundsatzes	162
II. Alleinverantwortlichkeit aufgrund des Legalitätsprinzips und des Gleichbehandlungsgrundsatzes	163
B. Die Kooperation von Steuerpflichtigem und Finanzverwaltung im Bereich der Sachverhaltsermittlung	165
I. Historische Entwicklung	166
II. Der Unterschied zwischen Kooperation und bloßer Mitwirkungspflicht als Beitrag zu einer gemeinsamen Sachverhaltsermittlung	168
1. Das Element der Freiwilligkeit als Grundlage der Kooperation	168
2. Das gemeinsame Interesse als Basis der Kooperation	168
III. Der Steuerpflichtige als Inhaber der tatsächlichen Informationsherrschaft	171
IV. Entwicklung in der höchstrichterlichen Rechtsprechung	172
1. Das Rechtsinstitut der tatsächlichen Verständigung	172
2. Der Gedanke der Beweisnähe	173
3. Der Grundsatz von Treu und Glauben	175
V. Kooperative Ansätze in der Abgabenordnung	176
1. Die Steuererklärung gemäß § 149 AO	176
2. Das Steuergeheimnis nach § 30 AO	177
3. Die Gewährung rechtlichen Gehörs	177
4. Beratung und Auskunft nach § 89 AO	178
C. Zusammenfassung und Stellungnahme	178
Neuntes Kapitel	181
Die Grenzen der Ermittlungstätigkeit der Finanzverwaltung	181
A. Der begrenzte Rückgriff der Finanzverwaltung auf Informationsquellen zur Informationserhebung und Verifizierung	181
I. Das Erfordernis des „hinreichenden Anlasses“ als Grenze der Ermittlungstätigkeit	182
II. Die Informationsquellen	184
1. Auskunftserteilung von Privaten	184
a. Die Subsidiaritätsklausel nach § 93 Abs. 1 S. 3 AO	184
b. Auskunfts- und Mitwirkungsverweigerungsrechte	185
c. Sonderfall: Das Kreditinstitut als Auskunftsperson	185
aa. Einschränkung des Auskunftersuchen durch § 30a Abs. 1 AO	185
bb. Das Sammelauskunftersuchen	186
2. Allgemein zugängliche Quellen	188
3. Auskünfte von Behörden und Gerichte im Wege der Rechts- und Amtshilfe	188
4. Die Kontrollmitteilung	189
a. Die nur eingeschränkte Möglichkeit zur Anfertigung von Kontrollmitteilungen	190
aa. Erfordernis einer Rechtsgrundlage	190
bb. Beschränkung auf die behördeninterne Sphäre	192
b. Die Anfertigung von Kontrollmitteilungen	193
aa. Die Anfertigung von Kontrollmitteilungen im Innenbereich der Finanzverwaltung	193
aaa. § 194 Abs. 3 AO als Rechtsgrundlage für die Anfertigung von Kontrollmitteilungen anlässlich einer Außenprüfung	193
bbb. Besonderheit: Kontrollmitteilungen anlässlich einer Außenprüfung	194

bei einem Kreditinstitut.....	194
(1) Stand des Meinungsstreites .....	195
(2) Stellungnahme.....	198
bb. Die Anfertigung von Kontrollmitteilungen durch Behörden und .....	198
Gerichte außerhalb der Verwaltungsorganisation der Finanzverwaltung.....	198
5. Datensammlungen.....	200
a. Die Kontenevidenzzentrale.....	200
aa. Der Abruf von Kontostammdaten.....	201
bb. Rechtliche Bedenken gegen die Kontenabfrage .....	202
b. Die Informationszentrale für steuerliche Auslandsbeziehungen .....	203
B. Sachverhalte mit Auslandsbezug als besondere Herausforderung der .....	204
Sachverhaltsermittlung .....	204
I. Auflösung der starken Abhängigkeit von der Deklaration bei .....	205
Sachverhalten mit Auslandsbezug .....	205
1. Erweiterung der Mitwirkungspflichten .....	205
2. Zwischenstaatlicher Informationsaustausch .....	207
a. Rechtsgrundlagen.....	207
b. Der Grundsatz der Subsidiarität.....	208
c. Das Problem der fehlenden Koordination.....	209
II. Der europäische Weg zur Lösung des Problems der Nichtdeklaration .....	211
ausländischer Einkünfte aus Kapitalvermögen .....	211
C. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	212
Zehntes Kapitel .....	214
Maßnahmen der Finanzverwaltung zur Bewältigung .....	214
des Massenverfahrens .....	214
A. Die Vermutung für das Gewöhnliche und Typische.....	215
I. Die Gewährung eines Vertrauensvorschusses .....	216
1. Entwicklung der Beweismaßregel im Wege der Rechtsfortbildung.....	216
2. Rechtliche Ableitung des Vertrauensvorschussgrundsatzes .....	217
3. Kritik.....	218
a. Die Vermutung für die Steuerehrlichkeit des Bürgers als Grundlage .....	219
des Vertrauensvorschusses.....	219
b. Das formale Kriterium des Vertrauensvorschusses .....	220
4. Das Abstützen des Vertrauensvorschussgrundsatzes durch.....	220
stichprobenartige Kontrollen .....	220
II. Typisierungen in Verwaltungsvorschriften zur Vereinfachung der.....	222
Sachverhaltsermittlung .....	222
1. Der Begriff der Typisierung.....	223
2. Vereinbarkeit mit dem Verfassungsrecht.....	224
a. Das Problem: Die Bindungswirkung der typisierenden Verwaltungsvor-.....	225
schriften.....	225
b. Die Regelungsbefugnis der Finanzverwaltung hinsichtlich sach- .....	227
verhaltensvereinfachender Verwaltungsvorschriften .....	227
aa. Das Erfordernis einer Rechtsgrundlage .....	227
bb. Die Regelungsbefugnis der Finanzverwaltung .....	229
aaa. Fehlende Regelungsbefugnis aufgrund des Grundsatzes der .....	229
strikten Legalität im Steuerrecht .....	229
bbb. Regelungsbefugnis aufgrund einer „Notkompetenz“ .....	230
ccc. Regelungsbefugnis aufgrund der Einkommensteuertatbestände .....	231
(1) Die Differenzierung zwischen formeller und materieller.....	232
Typisierung .....	232

(2) Die allgemeine Ableitung der Regelungsbefugnis aus den.....	234
Einkommensteuertatbeständen .....	234
ddd. Ansicht der höchstrichterlichen Rechtsprechung.....	234
eee. Stellungnahme .....	235
B. Die Ausrichtung der Sachverhaltsermittlung am Prinzip der Verfahrens- .....	237
ökonomie.....	237
I. Die Berücksichtigung verfahrenökonomischer Erwägungen im .....	238
Einzelfall als Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	238
1. § 88 Abs. 1 S. 3 AO als Rechtsgrundlage.....	238
2. Stellungnahme.....	239
II. Die Verfahrenökonomie als Leitgedanke der Sachverhaltsaufklärung.....	240
1. Vorliegen einer Rechtsgrundlage? .....	241
a. Das haushaltsrechtliche Prinzip der Wirtschaftlichkeit .....	241
b. Der unverhältnismäßige Aufwand .....	242
c. Die Kleinbetragsregelungen.....	242
2. Die GNOFÄ 1997 und die BpO 2000.....	243
3. Stellungnahme.....	245
C. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	247
Elftes Kapitel .....	250
Die Ursachen der Deklarationsproblematik.....	250
A. Mangelndes oder „anderes“ Verständnis des Einkommensteuergesetzes .....	251
I. Individuelle Fähigkeiten des Steuerpflichtigen.....	252
II. Erkundigungs- und Informationspflichten des Steuerpflichtigen .....	253
1. Der unkundige Steuerpflichtige .....	253
2. Der steuerrechtskundige oder steuerlich beratende Steuerpflichtige.....	256
a. Bindung an Rechtsauffassungen .....	256
aa. Bindung an die Rechtsauffassung der Finanzverwaltung.....	257
bb. Bindung an die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes .....	258
b. Offenlegung der Abweichung von der höchstrichterlichen Recht- .....	261
sprechung .....	261
aa. Ansicht der Steuerstrafrechtler .....	261
bb. Ansicht der Steuerrechtler.....	262
cc. Stellungnahme.....	262
B. Die fehlende Steuermoral .....	264
I. Das ökonomische Handeln des Steuerpflichtigen.....	265
1. Die Ausrichtung der Sachverhaltsgestaltung am eigenen wirtschaftlichen .....	265
Vorteil .....	265
2. Der homo oeconomicus .....	268
3. Das Steuerzahlerrätsel.....	269
II. Die Steuerzahlung als Solidarbeitrag.....	270
III. Die fehlende Akzeptanz der materiellen Steuernorm .....	272
1. Ein kompliziertes, sich ständig änderndes Einkommensteuergesetz .....	273
a. Die Rechtssprache.....	274
b. Der Umfang der einzelnen Regelung.....	275
c. Die Änderungshäufigkeit.....	276
2. Als ungerecht empfundene Rechtsnormen .....	277
IV. Die Verwendung der Steuereinnahmen .....	279
1. Die fehlende Einflussnahme des Steuerbürgers auf die Steuer- .....	279
wendung.....	279
a. Kein Recht auf Beteiligung an Finanzentscheidungen .....	279
b. Kein Recht auf Steuerverweigerung aus Gewissensgründen.....	280



2. Die fehlende Besteuerungsmoral des Staates .....	282
V. Der Kontakt des Steuerpflichtigen mit dem Steuerstaat .....	283
1. Der Umgang des Steuerstaates mit dem Steuernehrliehen .....	284
2. Der Umgang des Steuerstaates mit dem Steuerehrlichen .....	285
C. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	286
Zwölftes Kapitel.....	288
Der Versuch einer Lösung .....	288
A. Änderungen im Bereich des Verfahrensrechts.....	289
I. Änderungen im Rahmen der Mitwirkungspflichten .....	289
1. Erweiterung der Dokumentationspflichten des Steuerpflichtigen .....	289
2. Einführung einer gesetzlichen Pflicht zur Beauftragung eines Steuer- .....	290
beraters .....	290
3. Umstellung des Fremdveranlagungssystems auf ein System der Selbst- .....	290
veranlagung.....	290
II. Der Zuschlag .....	291
III. Änderungen im Rahmen der Verifikation.....	292
1. Ausweitung eines Kontrollmitteilungssystems verbunden mit der.....	293
Abschaffung des § 30a AO .....	293
2. Aufhebung der Subsidiaritätsklauseln .....	293
B. Änderungen im Bereich des Steuerstrafrechts.....	294
I. Verschärfung des Steuerstrafrechts.....	294
II. Steueramnestie als taugliches Mittel?.....	295
1. Steueramnestie 2003 .....	296
a. Steuerliche Vergünstigungen und Straffreiheit.....	296
b. Vereinfachtes Verfahren .....	297
c. Verstärkter Informationsaustausch in der Zukunft .....	297
d. Erreichtes fiskalisches Ziel .....	298
2. Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 Abs. 1 GG .....	298
a. Vorliegen einer Ungleichbehandlung .....	298
b. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	299
aa. Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers.....	299
bb. Gegenansicht.....	300
aaa. Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip.....	300
bbb. Schlusstrichtheorie .....	301
C. Änderungen im Bereich des Einkommensteuerrechts .....	302
I. Einführung einer Dual Income Tax .....	302
1. Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge.....	303
2. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Dual Income Tax.....	304
II. Verstärkter Einsatz gesetzlicher Pauschalierungen.....	306
III. Entfernung von Lenkungsnormen aus dem Einkommensteuergesetz .....	308
D. Stellungnahme.....	309
I. Die Sachverhaltsverantwortung als Ansatz zur Verbesserung der .....	309
Deklarationsbereitschaft.....	309
1. Die Erweiterung der Dokumentationspflichten als weiterer Schritt .....	309
zur Übertragung der Sachverhaltsverantwortung?.....	309
2. Die Übertragung der Sachverhaltsverantwortung durch Einführung .....	309
eines Selbstveranlagungsverfahrens?.....	309
3. Entzug der Sachverhaltsverantwortung durch eine gesetzliche .....	311
Beratungspflicht? .....	311
II. Die Steuerehrlichkeit als Ansatz zur Verbesserung der Deklarations- .....	313
bereitschaft .....	313

1. Verstärkte Kontrollen? .....	313
2. Verschärfung des Steuerstrafrechts? .....	314
3. Steueramnestien? .....	314
III. Zusammenfassung.....	315
Dreizehntes Kapitel.....	317
Abschließende Thesen .....	317
Literaturverzeichnis.....	323

Hinsichtlich der verwendeten Abkürzungen wird auf Kirchner/Butz, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 5. Auflage 2003, Berlin verwiesen.